

# LinksBlick



**Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming**

## Bundesparteitag

### Eindrücke vom Programmparteitag der LINKEN in Erfurt

Nach den endlosen Querelen innerhalb unserer Partei (-führung), nach Personaldebatten und Wahlniederlagen fuhren viele Genossen hoffnungsvoll nach Erfurt, um endlich das so lange diskutierte Programm unserer Partei zu beschließen.

Ausdruck des Bemühens, ein möglichst allumfassendes und allen Strömungen gerecht werdendes Programm zu beschließen, waren ca. 1400 Änderungsanträge zum 2. Entwurf. Großes Lob kommt der Arbeit der Antragskommission zu, die bereits im Vorfeld einen großen Teil der Änderungsvorschläge sortiert und dem Parteivorstand zur Übernahme in den Entwurf empfohlen hatte. Die übrigen 350 Vorschläge wurden nach Themenblöcken behandelt, 18 davon wurden von den Delegierten angenommen.

Zu Beginn der Diskussion riefen die beiden Vertreter der unterschiedlichen Richtungen, Sahra Wagenknecht und Matthias Höhn, dazu auf, die gefundenen Kompromisse nicht wieder aufzuschnüren und dem Programm zuzustimmen. Insbesondere ging es um die Kompromissfelder:

- öffentlicher Beschäftigungssektor,
- gute Arbeit/Grundeinkommen,
- Auslandseinsätze/Friedenspolitik,
- Palästina/Israel,
- Regierungsbeteiligung/Haltelinien.

Beim Komplex Friedenspolitik gab es eine Wortmeldung durch Oskar Lafontaine vom Saalmikrofon, der zu den Befürchtungen, es könne Schlupflöcher in den Formulierungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr geben, sagte: „Ihr könnt Euch auf mich verlassen. Mit mir wird es keine Schlupflöcher geben.“ Das sind große Worte, die darauf schließen lassen, dass Lafontaine in die Bundespolitik zurückkehren wird.

Die vier großen Reden von Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Klaus Ernst und Oskar Lafontaine (in dieser Reihenfolge den drei Tagen in Erfurt gehalten) gehörten zu den Höhepunkten des Parteitages. Sie sind inzwischen auch als Beilage im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht worden.

Weitere emotionale Höhepunkte waren die szenische Lesung des Erfurter Programms der Sozialdemo-

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

**Seite 9**

### Zitiert ...

„Ich finde es schade, wenn wir eine unserer stärksten Waffen  
- die Wahrheit -  
nicht genügend einsetzen.“

*Christa Wolf*

**DIE LINKE.**

Fortsetzung von Seite 1

kratischen Partei Deutschlands von vor genau 120 Jahren durch Spitzen unserer Parteiführung, die Rede des Vertreters der griechischen Linken,



Christa Schubert Foto: P. Haase

Alexis Tsipras, und natürlich der Jubel der Delegierten nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses für unser Programm:

503 Ja-Stimmen = 96,9%, 4 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen. Be-

merkenswert waren für mich die Enthaltungen der stellvertretenden Parteivorsitzenden Halina Wawzyniak und des Brandenburger Wirtschaftsministers Ralf Christoffers.

Wenn die Zeit auch nicht ausreichte, um Beschlüsse zur Änderung der Wahl- und Schiedsordnung sowie zur Ordnung über die Mitgliedsentscheide zu fassen, so doch noch zur Bundesausschreibung (Aufhebung des Status als eingetragener Verein). Auch einige vorgesehene „Lockerungsübungen“, wie der am Samstag vorgesehene Tanzabend sowie das von Hanno Hanisch vorbereitete „Wimmelbild“, fielen dem mehrmals geänderten Zeitplan zum Opfer.

Der dreitägige Erfurter Parteitag war ein sehr anstrengender und ar-

beitsintensiver, aber auch ein sehr erfolgreicher Parteitag. Ich wünsche mir, dass sich alle Genossinnen und Genossen an die getroffenen Verabredungen zum Umgang miteinander und an die gefassten Beschlüsse von Erfurt halten. Ich hoffe, dass der Mitgliederentscheid ein ähnlich tolles



Dr. Wolfgang Erlebach, Kornelia Wehlan und Dr. Volkmar Schöneburg (v.l.n.r.) Foto: P. Haase

Ergebnis erbringt, sodass auch unser Erfurter Programm zur nachhaltigen Grundlage für die Arbeit der Partei DIE LINKE wird.

Christa Schubert,  
Delegierte

## Standpunkte zur Pflege

Am Donnerstag dem 15.10.2011 hatte der DGB in Berlin Akteure der Gewerkschaften zur Standortbestimmung unter dem Thema: „Wie weiter in der Pflege?“ eingeladen.

Nach einem Überblick über die Problemlagen der Pflege, diskutierten etwa 150 Gewerkschafter mit beruflich Verantwortlichen über die Pflegeversicherung (PV). Dabei wurden die verschiedenen Sichtweisen, Notwendigkeiten, aber auch Möglichkeiten für bessere Pflege deutlich.

Nicht starre, sondern individuelle Lösungen sollten künftig die Pflege

verbessern. Die PV bisher sei ein Erfolgsmodell, wird aber ab 2014 teurer werden.

Einigkeit herrschte unter den Gewerkschaftern darüber, dass die PV solidarisch über eine Bürgerversicherung und bei Arbeitnehmern paritätisch finanziert werden muss.

Der Gesundheitsminister, Daniel Bahr, plädierte dagegen am Nachmittag für private Vorsorge (Eigenverantwortlichkeit).

Bei der anschließenden Diskussion wurden Herrn Bahr unangenehme Fragen gestellt. Beispielsweise wie

sollen Menschen, deren Monatslohn nicht zum Leben reicht, oder Hartz-IV-Empfänger noch Geld für private Versicherung der Pflege aufbringen? Doch Herr Bahr blieb bei seinen Forderungen.

Die Ablehnung seiner Thesen wurde im Saal sehr deutlich signalisiert. Deshalb haben die anwesenden Medien wie ARD usw. wohl darüber nicht berichtet.

Beim Verlassen des Saales war ich dicht hinter Herrn Bahr. Ich sagte deutlich zu einem Bekannten: „FDP ist doch die Partei der Feinde der Präkarierten“, worauf der Minister herumschnellte und fragte, ob ich ihn provozieren wolle. Ich habe es ihm bestätigt, denn seine Ausführungen waren eine Provokation für uns, besonders für Niedriglöhner.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf



## Landesspitze trifft auf Basis

### Regionalkonferenz der LINKEN Brandenburg im Luckenwalder Biotechnologiepark

Der Landesvorstand hatte zur Regionalen Konferenz für die Kreisverbände Potsdam-Mittelmark, Havelland, Potsdam, Brandenburg an der Havel und Teltow-Fläming in den Biotechnologiepark Luckenwalde eingeladen. Im ersten Block ging es um die Landes- und Regionalpolitik und es bestand die Möglichkeit, mit Ministern und anderem politischen Personal der LINKEN über aktuelle Themen zu diskutieren. Zur Verfügung standen hierfür der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister des Landes, Dr. Helmuth Markov, der Justizminister, Dr. Volkmar Schöneburg, der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Ralf Christoffers, sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Stefan Ludwig.

Im zweiten Block, der sich vornehmlich partei- und personalpolitisch ausrichtete, hat sich der Kandidat für den Landesvorsitz, Stefan Ludwig, sowie weitere Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl des geschäftsführenden Landesvorstandes stellen, der interessierten Öffentlichkeit präsentiert. Anwesend waren weiterhin der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende, Thomas Nord, die Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Landesvorsitzenden Diana Golze und Kirsten Tackmann, die Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg und unsere bildungspolitische Sprecherin in der Fraktion, Gerrit Große, weitere Landtagsabgeordnete, die stellvertretende Landrätin, Kirsten Gurske, und die Bürgermeisterinnen von Luckenwalde, Elisabeth Herzog-von der Heide, und Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler.

Auf der Konferenz wurde Bilanz gezogen für zwei Jahre rot-roter Landespolitik. Erfolge wurden verbucht und so seien hier nur einmal die Lohnuntergrenzen bei öffentlich vergebenen Aufträgen genannt, mit denen

Brandenburg nun endlich kein (wir erinnern uns an die Anpreisungen des ehemaligen CDU-Wirtschaftsministers Junghanns) „Billiglohnland“ mehr ist. Gemäß dem Leitspruch „Bildung für alle, von Anfang an“ wurden auch im Bildungsetat Schwerpunkte gesetzt und entsprechende Mittelzuweisungen und Umschichtungen vorgenommen. Im Justizbereich ist der Erhalt aller Amtsgerichte hervorzuheben, nachdem ja noch unter Rot-Schwarz von den CDU-Justizministern die Schließung zahlreicher Gerichte in Aussicht gestellt worden war. Brandenburg verfügt ferner über eine Energiestrategie mit dem Ziel, auch weiterhin Technologie- und Industrieland zu bleiben, auch unter dem Aspekt eines erheblichen Wandels in den letzten 20 Jahren.

Der Weg von der Braunkohle hin zu Erneuerbaren Energien ist eingeleitet. Wirtschaftsminister Christoffers gibt das Jahr 2030 als Zielmarke für den Energieerzeugungsschwerpunkt m. H. v. Erneuerbaren Energieträgern an. Dabei wird auf das sogenannte „Energiepolitische Viereck“ aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und nicht zuletzt Akzeptanz gesetzt, denn die Mehrheit der Bevölkerung will Erneuerbare Energien. Das Problem ist jedoch nach wie vor die Frage nach dem „Wo?“.

Und so versucht man eben mit den wenigen finanziellen Spielräumen, die die strikte Haushaltskonsolidierung noch zulässt, zu gestalten – mit allen Beteiligten: den Bürgerinnen und Bürgern, der Koalition, sowie den sie tragenden Fraktionen und Parteien.

In Fragen aus dem Auditorium im Anschluss ging es um das Merkmal linker Wirtschaftspolitik und die Altanschießerproblematik. Hier wurde nochmals deutlich gemacht, dass wir als LINKE eine eindeutige Position dazu bezogen haben, jedoch leider

keine Mehrheit in der Politik gewinnen können. Die Braunkohle und die damit im Zusammenhang stehende CCS-Technologie wurden angesprochen, ebenso die Polizeireform und der damit einhergehende Stellenabbau, die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die normalen Schulformen (Inklusion) und nicht zuletzt die von der SPD zur Debatte gebrachte Gemeindestrukturreform. Hier pochen wir als LINKE auf Ruhe und Sachlichkeit, denn blankes Ändern von Ortsgrenzen bringt nichts. So sicherte der Vorsitzende der zuständigen Landtagsenquetekommission, unser Abgeordneter Stefan Ludwig, auch zu, dass es in dieser Wahlperiode keine großflächigen Fusionen geben wird.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellten sich dann die Bewerberinnen und Bewerber für den neuen geschäftsführenden Landesvorstand vor, da der bisherige Vorsitzende Nord in den Bundesvorstand wechseln möchte, um hier das einzig verbliebene rot-rote Projekt auf Landesebene zu verteidigen. Auch die bisherige stellvertretende Vorsitzende, Kirsten Tackmann, stellt ihr Amt zur Verfügung. Die Stelle der Landesgeschäftsführung ist ebenfalls neu zu besetzen. Eine neue und starke Truppe ist nötig, denn es stehen schon die nächsten Wahlen, eine Parteireform und Leitbilddebatte für Brandenburg vor der Tür. Die Kommunikation mit den Kreisverbänden soll verbessert werden. Wir müssen auch weiterhin die Partei der Kümmerer sein, Kommunikation und Kontakt für alle anbieten – dies gilt es nicht zuletzt auch in der Kommunalpolitik zu beweisen, denn die ist unsere Stärke. Hier genießen wir Vertrauen und haben Gestaltungskraft, man kann Attraktivität ausstrahlen und nicht zuletzt auf diesem Wege auch neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen.

*Felix Thier, Luckenwalde*

## Neues aus dem Landtag

### Ja zu gentechnikfreien Regionen

Die rot-rote Koalition hat sich auf einen Antrag zur „Grünen Gentechnik“ verständigt, der jetzt vom Landtag beschlossen worden ist.

Erstmals hat der Landtag darin deutlich seine kritische Haltung zum kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zum Ausdruck gebracht.

So soll der GVO-Anbau auf Landesflächen ausgeschlossen werden. Gentechnikfreie Regionen werden unterstützt, unter anderem in Großschutzgebieten. Abstandsregelungen sollen zugunsten gentechnikfrei wirtschaftender Landwirte ausgenutzt werden – und es soll geprüft werden, wie der Import von GVO-Futtermitteln wie Soja durch eigene Futtermittelproduktion reduziert werden kann.

Der Antrag trägt damit der ganz überwiegend ablehnenden Haltung der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch der drohenden, ungewollten GVO-Verunreinigung der Produkte ökologisch und konventionell arbeitender Landwirte Rechnung. Angesichts der kontroversen gesellschaftlichen Diskussion zur „Grünen Gentechnik“ wird die Forschung zu Risiken und Chancen der Gentechnik befürwortet, wozu auch die Erprobung von GVO im Freiland (sogenannte Freisetzung) gehören kann. Diese bedarf aber im Gegensatz zum kommerziellen Anbau einer gründlichen Risikoabschätzung und Genehmigung im Einzelfall und erfolgt nur auf Kleinflächen. Nach dem sogenannten „Honig-Urteil“ (Honig mit Pollen von Gentech-Pflanzen ohne Zulassung als Lebensmittel darf nicht mehr in der EU verkauft werden.) vom September 2011 sind die Hürden für eine solche Genehmigung höher geworden. Derzeit gibt es in Brandenburg keine Freisetzungsexperimente.

Die Genehmigung von GVO zum kommerziellen Anbau erfolgt bislang auf EU-Ebene. Mit dem Koalitionsan-

trag schöpft das Land seinen Spielraum zur Eindämmung des kommerziellen GVO-Anbaus aus. Die Fraktion DIE LINKE hatte einen ähnlichen Antrag bereits 2007 als Opposition in den Landtag eingebracht. Damals wurde er von der rot-schwarzen Mehrheit abgelehnt. Der aktuelle Antrag greift fast alle damaligen Forderungen der LINKEN auf.

### Katastrophenschutz-Konzept

Nach mehr als sechs Jahren hat der Landtag ein Konzept zur Weiterentwicklung des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg verabschiedet. Mehrere Anläufe waren bereits in der vergangenen Legislaturperiode gescheitert: Rot-Rot aber konnte Anfang dieses Jahres ein entsprechendes Konzept vorlegen, das jetzt noch einmal im Landtag diskutiert wurde.

Mit dem Konzept soll auf die verschiedenen Herausforderungen reagiert werden, vor denen die Feuerwehren und Hilfsorganisationen stehen. Dazu gehören u.a. solche Fragen: Wie haben wir auch zukünftig genug gut ausgebildetes Personal?

Welche Fahrzeuge sollen angeschafft werden? Wie kann das Ehrenamt zukünftig besser gefördert werden? Patentrezepte dafür gibt es nicht. Zudem beeinflusst der Bund erheblich die Einsatzmöglichkeiten im Katastrophenschutzfall – mit seinen Entscheidungen zur Zukunft der Bundeswehr und zu den Standorten.

DIE LINKE, SPD und FDP haben dazu in einem Entschließungsantrag das Land zusätzlich aufgefordert, bis zum Ende des I. Quartals 2012 eine Rechtsverordnung zu erlassen. Sie soll die Organisation, Ausrüstung in Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes regeln. Gleichzeitig soll eine Verwaltungsvorschrift zur Gewährung von Zuwendungen



an die unteren Katastrophenschutzbehörden erstellt werden. Damit bekennt sich der Landtag erneut zu den Feuerwehren und Hilfsorganisationen, die sich in der Vergangenheit vielfach für das Land eingesetzt haben. <

*AKTUELLE STUNDE auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft – Zukunftsdebatten in Brandenburg Drucksache 5/4033, angenommen*  
*- Große Anfrage zum Thema: Kinder- und Jugendbeteiligung als aktiver Beitrag zur Gestaltung des Landes Brandenburg Drucksache 5/3031, angenommen*  
*- Antrag zum Thema: Vision und Konzept für die kulturelle Bildung Drucksache 5/4048, angenommen*  
*- Entschließungsantrag zur Aktuellen Stunde „Potenziale der Landwirtschaft für Brandenburg erkennen“ Drucksache 5/4072, angenommen*  
*- Entschließungsantrag zum Brand- und Katastrophenschutzkonzept Drucksache 5/4087, angenommen*  
*- Entschließungsantrag zum Thema: 100 % Ökostrom für Brandenburgs Landesbehörden Drucksache 5/4090, angenommen*

Kornelia Wehlan, MdL  
 Wahlkreisbüro Luckenwalde  
 Zinnaer Str. 36 14943 Luckenwalde  
 E-Mail: buerolukwehlan@aol.com  
 www.konni-wehlan.de

## EINE VON UNS

Im Gespräch mit Gabi Pluciniczak

*G. Pluciniczak: Marianne, Dein Name ist unseren Lesern durchaus geläufig. Nun möchten wir auch mal die Person vorstellen. Gib uns doch bitte ein paar biografische Details aus Deinem Leben!*

**M. Richter:** Geboren wurde ich 1946. Nach meinem Schulabschluss erlernte ich den Beruf der Krankenschwester. Dann folgte eine Fortbildung im Fernstudium zur Diplom-Medizin-Pädagogin. Insgesamt kann ich auf 43 Berufsjahre zurückblicken, davon 15 Jahre in der Funktion der Oberin.

*Gabi: Du bist inzwischen 40 Jahre Mitglied unserer Partei. Worin lag denn damals Deine Motivation für den Eintritt in die Partei?*

**M. Richter:** Ich bin Mitglied geworden, weil sich was verändern sollte und ich daran teilhaben und mitwirken wollte. In der Jugendzeit hatte ich verschiedene Funktionen in der FDJ, es folgten der Vorsitz in der Betriebsgewerkschaftsleitung und die Funktion des Parteisekretärs bis 1989. Und ich bin Mitglied geblieben, weil nach der Wende für mich u.a. der Kampf um soziale Gerechtigkeit immer mehr an Bedeutung zugenommen hat.

*G. Pluciniczak: Ich kenne Dich schon eine ganze Weile und weiß, dass Du „die Hände nicht still halten“ kannst*



**Marianne Richter**

*und Dich ehrenamtlich vielfältig engagierst.*

**M. Richter:** Das ist richtig. Ich und auch mein Mann Helmut unterstützen seit 16 Jahren mit unseren Spenden Kinder in der Dritten Welt. Diese Gelder werden nachweislich verwendet für die Ermöglichung des Schulbesuchs, aber auch für die Verbesserung der medizinischen Betreuung vor Ort.

Im Sommer 2011 betreuten wir Gastkinder aus Tschernobyl, was uns sehr viel Freude bereitete und uns auch deutlich machte, wie sehr auch dort Hilfe gebraucht wird. Als Mitglied im Stadtvorstand engagiere ich mich gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen in der AG Senioren. Wir organisieren und gestalten verschiedene Veranstaltungen und

besuchen die älteren Genossinnen und Genossen zu Hause. Uns ist es sehr wichtig, dass der Kontakt nicht verloren geht und alle immer gut informiert sind.

*G. Pluciniczak: Was mich besonders beeindruckt hat, ist die Chronik des DRK-Krankenhauses. Wie bist Du darauf gekommen, so ein umfangreiches Projekt anzugehen?*

**M. Richter:** Wie vorhin schon erwähnt, habe ich 43 Jahre in diesem Krankenhaus gearbeitet. Ich habe es mit seinen Höhen und Tiefen erlebt, ich habe viele Menschen und Schicksale dort erlebt. Und das verbindet. 2006 erschien die Chronik in Schriftform und 2008 als Bildband. Die Anerkennung dafür gebührt mir nicht allein, denn ich hatte tatkräftige Unterstützung.

*G. Pluciniczak: Wie siehst Du unsere Partei in der Zukunft?*

**M. Richter:** Im Moment wünsche ich mir, dass man wieder zur Sacharbeit zurückkehrt und sich auf die anstehenden Aufgaben konzentriert. Wir brauchen unsere Kräfte, denn die Probleme werden nicht weniger.

*G. Pluciniczak: Ich bedanke mich bei Dir ganz herzlich und wünsche Dir und Deiner Familie alles Gute. <*

## Das Lied der Zeitungsjungen in Ludwigsfelde

Am 27.10.2011 um 15.00 Uhr war ich als Mitglied der Redaktionskommission zur Dankeschön-Veranstaltung für die Zeitungsverteiler im Gebiet Zossen eingeladen. Genn. Angelika Linke hatte für ein entsprechendes Ambiente gesorgt, so dass man sich gleich wohlfühlen konnte. Durch die gute Vorarbeit der Redaktionskommission war die 200. Ausgabe des

LinksBlick schon von der Druckerei ausgeliefert worden. So konnte ich, dem Anlass entsprechend, die druckfrischen Exemplare an die Genossen vor Ort übergeben. Und auch in Ludwigsfelde fand „Das Lied der Zeitungsjungen“ großen Zuspruch. Besonders interessant für mich waren die Gespräche bei einer gemütlichen Tasse Kaffee. Je unterschiedlicher

die Lebenserfahrungen, desto unterschiedlicher die Geschichten, die es zu erzählen gab. Deutlich wurde, dass unser „LinksBlick“ auch im Norden unseres Kreises großen Zuspruch findet und mit wachsendem Interesse gelesen wird. Deshalb nochmals unseren herzlichen Dank an alle Zeitungsverteiler mit den flinken Füßen.

*Gabi Pluciniczak*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Deutschland hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem

Der Entwurf der Bundesregierung ist haushalts- und finanzpolitisch falsch. Seit 2000 verantworten die Bundesregierungen dieses Landes mit ihrer falschen Steuersenkungspolitik staatliche Einnahmeverluste von über 400 Milliarden Euro. Gerechte Steuerpolitik ist daran erkennbar, dass die größten Entlastungen - mehr Netto vom Brutto - bei denen eintritt, die es am nötigsten hätten.

Deshalb lehnte DIE LINKE diesen Haushalt ab und unterbreitete selbst über 160 konkrete Vorschläge für eine bessere, gerechte Politik. Jean-Claude Juncker bezeichnet die deutschen Staatsschulden völlig zu Recht als besorgniserregend. Er kritisiert, dass unsere Schulden, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, höher als die spanischen sind. Der Mann hat recht.

Die Krisenverursacher und die Nutznießer der Krise werden weiter nicht in die Pflicht genommen. Es ist wahr, dass in der tiefsten Krise die Zahl der Vermögensmillionäre in Deutschland weiter gestiegen ist: 924.000 Vermögensmillionäre gibt es in Deutschland. Die Zahl der Milliardäre in Deutschland steigt.

Zugleich geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. In Deutschland sind 12,6 Millionen Menschen von Armut bedroht. Aus finanziellen Gründen können 16,2 Prozent dieser Menschen ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. Rund 30 Prozent dieser Menschen können sich nicht jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten. Eine Woche Urlaub im Jahr, woanders als zu Hause, können sich 60,5 Prozent der von Armut bedrohten Menschen nicht leisten.

Die Vorschläge der Opposition im Bundestag sind geeignet, mehrere Bände mit Sparvorschlägen herauszugeben. Allein DIE LINKE hat über 160 konkrete Änderungsvorschläge gemacht.

Wenn wir z.B. das Berlin/Bonn-Gesetz ändern würden, hätten wir dauerhafte Einsparmöglichkeiten. Die Bundesregierung gehört nach Berlin. Allein die Flugkosten belaufen sich auf 3,3 Millionen Euro. Wir fordern die Wiedervereinigung der Bundesregierung hier in Berlin.

Ein zweiter Vorschlag ist jetzt interessanterweise auch bei der CDU angekommen: das Thema Mindestlohn. Gegen Hungerlöhne und prekäre Beschäftigung ist DIE LINKE ohne Wenn und Aber. Dietmar Bartsch sagte im Bundestag: „Deshalb darf hier nicht nur geredet, sondern muss auch gehandelt werden, meine Damen und Herren von der CDU. Bringen Sie doch Ihren Antrag auf einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein! Sie haben im Deutschen Bundestag dafür eine Mehrheit.“

### Rechtsterroristen scheitern an uns gemeinsam

Die Bedeutung der ersten gemeinsamen Erklärung aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages besteht darin, dass trotz unterschiedlicher Auffassung in vielen Fragen den Rechtsterroristen in Deutschland damit gesagt wurde: Ihr scheitert an uns gemeinsam von der CSU bis zur LINKEN.

Die Ereignisse des Rechtsterrorismus haben uns schockiert. Sie lösen bei den meisten Menschen, so auch bei mir, gleichermaßen Trauer wie auch Empörung aus. Nicht durch Aufklärung der Ermittlungsbehörden, sondern durch den Tod von zwei Tä-



tern aus einer neonazistischen Terrorgruppe wurde bekannt, dass es bei uns seit über einem Jahrzehnt Rechtsterrorismus gibt. Es ranken sich Fragen über Fragen. Es verwundert zum Beispiel sehr, dass bei der abgebrannten Wohnung nach und nach Sticks und DVDs fast im Neuzustand gefunden werden. Was treibt da jemand warum mit uns? Vor allem aber fragen wir uns alle: Warum wurde dieser Terrorismus nicht aufgeklärt? Trotz Rasterfahndung, Herr Bundesinnenminister, trotz Onlineüberwachung, trotz Späh- und Lauschangriffen, trotz Hunderter V-Leute des Inlandsgeheimdienstes bei den Nazis?



*Wir gratulieren*

*Der Kreisvorstand DIE LINKE Teltow-Fläming und die Redaktion des „LinksBlick“ gratulieren Maritta Böttcher herzlich zu ihrer Wahl als Vorsitzende des Hauptausschusses der SVV Jüterbog.*

*Wir wünschen ihr eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Stadt Jüterbog.*

# Stolpersteine

## Orte der Erinnerung für Luckenwalde

Stolpersteine sind ein Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig. Jeder dieser mit einer Messingplatte versehenen kubischen Betonsteine erinnert an das Schicksal eines Menschen, der zu Zeiten der faschistischen Gewaltherrschaft ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Freitod getrieben worden ist. Bereits zu Beginn des Jahres 1995 wurden die ersten Steine in Köln verlegt. Inzwischen gibt es europaweit 32.000 verlegte Stolpersteine, allein in Deutschland in über 500 Städten. Damit hat sich dieses Projekt zum weltweit größten dezentralen Mahnmal entwickelt. Die Steine sind im alltäglichen Leben verankert. Durch das Darübergehen über diese Steine wird die Erinnerung poliert. „Man stolpert mit dem Kopf und dem Herzen und muss sich beim Lesen verbeugen“.

Auf Anregung der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und des CDU-Stadtverbandes Luckenwalde fasste die Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai 2009 einstimmig den Beschluss, mit der Verlegung von Stolpersteinen an jüdische Opfer des Holocaust aus Luckenwalde zu erinnern. Damit wurde Luckenwalde die 474. Kommune in Deutschland, in der Stolpersteine verlegt sind. Am 25.05.2010 beschlossen die Luckenwalder Stadtverordneten, dass der Beschluss zur Unterstützung der Aktion Stolpersteine dauerhaft fortgeschrieben wird. Mit dieser Fortsetzung soll über religiöse, parteipolitische und gesellschaftliche Grenzen hinweg ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt werden.

Unter der Internet-Adresse der Stadt Luckenwalde ist nachzulesen, an welche jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger Stolpersteine erinnern. Auch über Sponsoren gibt

diese Seite Auskunft. U. a. ist unsere Kreisvorsitzende Kornelia Wehlan dort vermerkt.

Am 13. Oktober 2011 wurden drei weitere Stolpersteine in Luckenwalde verlegt. In der Puschkinstr. 38 für Frau Malwine Rosenthal, Jahrgang 1852, die von 1925 bis 1938 in Luckenwalde gewohnt hat und am 30.11.1942 in Theresienstadt ermordet worden ist.

Ebenfalls in der Puschkinstr. 38 erinnert jetzt ein Stolperstein an Wolfgang Leubuscher, der 1938 im Alter von nur 18 Jahren nach Sachsenhausen deportiert und 1941 in Mauthausen ermordet worden ist. In der Breiten Str. 32 befindet sich nun der Stolperstein für Johanna Bauchwitz. Frau Bauchwitz, Jahrgang 1868, wurde im Alter von 75 Jahren nach Theresienstadt deportiert und dort 1943 ermordet.

Am 09. November 2011 anlässlich des Gedenkens an die Opfer der Reichspogromnacht führte der Weg auch zu den in der Puschkinstraße und der Poststraße bisher verlegten Stolpersteinen. Außerdem wurde des 100. Todestages des Luckenwalder Commerzienrates Carl Goldschmidt vor dem ehemaligen Firmensitz in der Puschkinstraße gedacht. Vor dem Grundstück Poststraße 13 hielt der Gedenkmarsch inne, um an die Familie Boche zu erinnern.

Danach ging es weiter zur Johannis-kirche und zum Pfarrhaus am Markt.

Aktuelle Berichte in den Medien zeigen erneut, wie wichtig das Erinnern an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger ist. Auch beim nächsten Mal werde ich dabei sein. Versprechen!

Brigitte Paul,  
Luckenwalde

### Zu Besuch im Bundestag

Am Freitag, dem 28.10.2011, besuchten 14 Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten, Diana Golze, den Bundestag. Mit Bus, Bahn und zu Fuß kamen wir dort an und wurden von ihrem Wahlkreismitarbeiter, Hendrik Öchsle, begrüßt.

Nach Einweisung konnten wir an der Sitzung des Bundestages im Plenarsaal teilnehmen. Thema war Finanzen und Wirtschaft. Wir haben einige Abgeordnete gehört. „Beeindruckt“ haben mich die Ausführungen von Herrn Dr. Lindner (FDP) und Dr. Nüßlein (CDU/CSU). Die Ausführungen, vor allem des Letzteren, strotzten vor Hasstiraden und falschen Darlegungen gegen alles: Hartz IV, Mindestlohn, Gleichstellung der Frau usw. Wir auf den Zuschauerrängen durften ja nur still zuhören.

Im Saal jedoch riefen die Vertreter der Opposition lauthals ihre Stellungnahmen dazwischen. Es wirkte wie ein Theaterspektakel. In der anschließenden Aussprache erklärte uns Genn. Golze, dass solche Äußerungen mitunter die einzige Möglichkeit seien, unsere Auffassung öffentlich kundzutun, da die Länge der Redezeit von der Größe der Fraktionen abhängt.

Die Genn. Golze und Tackmann haben uns in dieser Aussprache sehr informative Einblicke in ihre Arbeit gegeben.

Genn. Golze ist u.a. im Kinderausschuss tätig – dem einzigen Ausschuss, der nur einstimmige Beschlüsse fasst und in dem jede Fraktion mit einem Abgeordneten vertreten ist. Innerhalb einer Wahlperiode ist jeder einmal Vorsitzender und bestimmt die Thematik. So ist unter unserer Leitung das bisher einzige Mal ein Bericht über Kinderarmut im Plenum vorgetragen worden.

Interessant war auch zum Abschluss der Rundgang in der Reichstagskuppel. Bei strahlendem Sonnenschein ging ein erlebnisreicher Tag zu Ende. Abgerundet wurde dieser Besuch mit einem gemeinsamen Mittagessen im Paul-Löbe-Haus.

Einen Dank den Genossen der Bundestagsfraktion, die uns das ermöglicht haben, und unserem Genn. Dieter Werner für die Organisation.

Annelore Müller  
Luckenwalde

## Auf dem rechten Auge blind!

Nun werden scheinheilig Krokodilstränen vergossen. Das Ausmaß des Naziterrorismus war so nicht erwartet. Den Opfern des rechten Terrors hat man sogar Schmerzensgeld versprochen. Nun auf einmal?! Die Morde an Imbiss-Besitzern wurden doch als „Dönermorde“ bezeichnet.

Dabei war es uns Linken schon lange klar, dass es sich bei diesen und bei ähnlich gearteten Vorkommnissen hierbei um rechtsextremistische Taten handelt. Dazu sollen aber doch die V-Leute des Verfassungsschutzes in der rechten Szene Informationen vermitteln. War das Fehlanzeige oder bewusste Verdrängung? Solche V-Leute haben den Staat soviel Geld gekostet, dass es damit erst möglich war, rechtsextreme Strukturen aufzubauen. Die Nazis kommen auch nicht aus dem Osten Deutschlands, sondern sind das Ergebnis der versäumten Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte in der alten BRD. Während in der DDR rigoros mit dem Faschismus aufgeräumt wurde - und es war kein diktiert Antifaschismus - erklärte Adenauer sehr schnell, dass die

Entnazifizierung abgeschlossen sei. Nazilehrer, Nazirichter und Nazibeamte konnten weiter tätig sein. Globke, der Schreibtischtäter der Nazi-Rassengesetze, arbeitete als Staatssekretär. Aktive Nazis und Blutrichter machten in der alten BRD Karriere. Sie wurden Ministerpräsidenten und einer sogar Kanzler. Als Beate Klarsfeld Kiesinger, einen aktiv wirkenden Nazi und in der BRD zum Kanzler erkoren, öffentlich ohrfeigte, wurde der Skandal deutlicher denn je. Filbinger fällte noch in den letzten Tagen des Krieges Todesurteile und wurde später in Westdeutschland Ministerpräsident. Er durfte sogar bis in die letzten Jahre als Mitglied der Bundesversammlung den Bundespräsidenten mitwählen.

Als ich kurz nach der Wende in Stukenbrock (NRW) als Gast eines Organisationsbündnisses „Rosen für Stukenbrock“ ermordete sowjetische Kriegsgefangene eines Stalag ehrte, zeigte man mir in der Nähe eine sehr große Schulungseinrichtung der NPD. Die Nazis waren auch schon in der alten BRD präsent und nicht erst neu strukturiert in

Ostdeutschland. Die Führungskräfte der in Ostdeutschland tätigen NPD-Funktionäre kamen meistens aus dem Westen. Wie viele V-Leute sind darunter?

Wir erleben heute den alltäglichen rechtsextremen Nazi-Mob, faschistische Schmierereien an den Häusern, Kleidung mit faschistischen Symbolen oder deren Verbrämungen sind allgegenwärtig. Geschäftsstellen der LINKEN werden regelmäßig beschmiert, angegriffen und zerstört. Die Täter wurden aber nie ermittelt. Oder will man nicht? Esmussendlich Schluss sein mit diesem braunen Terror. Die NPD muss verboten werden. Damit ändert man zwar nicht die Gesinnung von deren Mitgliedern, denn die kann nur durch eine gesamtgesellschaftliche antifaschistische und antirassistische Atmosphäre und Aufklärung zurückgedrängt werden. Mit einem Verbot der NPD wird zunächst der Geldhahn, der aus Steuergeldern rekrutiert, zugedreht. Aber wie gesagt: Wer auf dem rechten Auge blind ist, dem ist nicht zuzutrauen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

*Dr. Rudolf Haase,  
Luckenwalde*

## Die Occupy-Bewegung

Diese Bewegung sieht ihre Wurzeln hauptsächlich in den friedlichen sozialen Protesten in Madrid und New York. Am 15.10.2011 haben weltweit Hunderttausende aus 82 Ländern in 951 Städten protestiert. Doch diese Protestwelle geht weiter.

Bei uns haben am 12.11.2011 wieder in Frankfurt/M. 10.000 und in Berlin 8.000 Empörte, das Banken- bzw. Regierungsviertel umzingelt. In der Zwischenzeit zelteten Aktive in beiden Städten und haben ihre Asambleas abgehalten. Bei dieser

neuartigen Diskussionsform können, in wellenförmigen Kreisen sitzend, viele mit Hilfe einiger Handzeichen, miteinander sprechen.

Parteien und Rangordnungen sowie deren Kennzeichnung auf Plakaten und Fahnen lehnen sie ab. Dafür sind Bürger, die sich einbringen wollen, immer willkommen. Diese hauptsächlich von jungen Menschen ausgehende Bewegung wendet sich gegen die Macht der Banken, den Raubtierkapitalismus der Finanzmärkte und diese unterstützende Politik. Durch

diesen Missbrauch werden demokratische Gestaltungsmöglichkeiten verhindert. Ein gutes Leben weltweit für alle Menschen muss Ziel der Politik werden. Manche Medien verunglimpfen die Occupy-Bewegung mit der Behauptung, sie hätten kein gemeinsames Programm und Ziel. Doch ich sehe in der Empörung gegen Freiheits- und Machtmissbrauch für egoistische Ziele und der Hinwendung zum solidarischen Miteinander eine lohnende Zielstellung.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

## Gedanken zur Regionalkonferenz

Schade, dass die Beteiligung so schlecht war – es gibt doch nicht oft die Gelegenheit, mit Mitgliedern der Landesregierung ins Gespräch zu kommen.

Die Minister Markov (Finanzen), Christoffers (Wirtschaft) und Schöneburg (Justiz) legten Standpunkte der Landespolitik so wie des eigenen Bereichs dar. Sie bezogen sich dabei auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und DIE LINKE in Brandenburg. Dabei kam zum Ausdruck, dass vieles aus dieser Koalitionsvereinbarung verwirklicht ist, es jedoch auch noch ungelöste Probleme gibt; so u. a. die ärztliche Versorgung, die Energie- wende, die Präsenz und das teilweise Wirken der Polizei, die Vernachlässigung der Entwicklung der ländlichen Räume, die Schülerbeförderung, Fragen der Altanschießer.

Besonders interessant waren für mich die Darlegungen von Gerrit Große, der bildungspolitischen Sprecherin unserer Landtagsfraktion, zur Inklusion in der Bildung. Wir als DIE LINKE stehen dahinter, dass behinderte Kinder und Jugendliche mit den anderen gemeinsam leben und lernen, und das schon in den KITA´s. Natürlich müssen dafür Voraussetzungen geschaffen werden, u. a. in der veränderten Aus- und Fortbildung der Lehrer sowie im materiellen Bereich. So beginnt an der Uni Potsdam ein Studium für Inklusionslehrer.

Wichtig ist jedoch, diesen Prozess mit Augenmaß und Feingefühl zu gestalten, entsprechend den konkreten Bedingungen.

Im nächsten Teil der Konferenz stellten sich Genossinnen und Genossen als Kandidaten für den nächsten neu zu wählenden Landesvorstand vor. Dazu gab es ein ausführliches schriftliches Material; die meisten waren anwesend, sprachen über ihre Motivation und erläuterten, was ihnen besonders wichtig ist. Beeindruckend für mich waren Breite und Vielfalt der Gedanken und Vorschläge zum Wirken unserer Partei, in der alle Generationen ihren Platz haben. Unangenehm hat mich ein Artikel im ND vom 09.11. d. J. unter dem Titel „Nicht beabsichtigte Kampfkandidatur – Steffen Heller möchte LINKE-Geschäftsführer werden – aber er wollte keinen Streit.“

Warum werden solche Meinungsverschiedenheiten und Verstimmungen nicht intern diskutiert und geklärt? Ich kann sie als Außenstehende sowieso nicht beurteilen. Für die Öffentlichkeit sind doch die Inhalte viel wichtiger – sollten es zumindest sein. Uns damit zu beschäftigen, gibt der gegenwärtig laufende Mitgliederentscheid über das neue Parteiprogramm reichlich Gelegenheit. Nutzen wir sie!

*Christa Zernick,  
Am Mellensee*

## Zum Mitgliederentscheid über unser Parteiprogramm

*Der vom Bundesparteitag in Erfurt mit großer Mehrheit verabschiedete Entwurf unseres Parteiprogramms liegt vom 14. November 2011 bis 15. Dezember 2011 den Mitgliedern der Partei DIE LINKE zur Abstimmung vor.*

*Folgende Hinweise sollten von allen Parteimitgliedern beachtet werden:*

*1. Abstimmungsunterlagen sind nur gültig, wenn sie bis 15.12.2011, 18.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle in Potsdam eingetroffen sind.*

*2. Um Portokosten zu sparen, sollen die Antwortbriefe in der Kreisgeschäftsstelle bzw. in den Geschäftsstellen in Jüterbog und Ludwigfelde gesammelt und von dort nach Potsdam befördert werden. Die Geschäftsstellenleiter sind informiert.*

*3. Die Regionalverantwortlichen melden entsprechend der Festlegung an Manfred Thier die Anzahl der eingegangenen Antwortbriefe.*

*4. Wer Unterstützung braucht beim Ausfüllen der Unterlagen, wende sich bitte vertrauensvoll an die Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde, Tel.: 03371/632267.*

*Gabi Pluciniczak*

## Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier die „Wasserspenderin“ in Wünsdorf.

Aufgestellt wurde dieses Kunstwerk aus Anlass der 500-Jahrfeier Wünsdorfs im September 1995.

Künstlerisch gestaltet wurde die Wasserspenderin von Manfred Sieloff.

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow Fläming

www.rote-reporter.de



## Wildpark Johannismühle

Am 26.10.2011 stimmte der Bundestag mehrheitlich einem „Rettungspaket“ von über 220 Milliarden Euro zur Stützung des NATO-Staates Griechenland und der Banken, die finanziell in Griechenland involviert sind, zu. Über die Kosten des Afghanistan-Einsatzes spricht kein Mensch mehr und die vier Milliarden Kosten für ein umstrittenes Raketensystem in Polen holen wir durch den Verkauf von Panzern an das dem europäischen Wertesystem und Menschenrechtsverständnis extrem angepasste Saudi Arabien wieder raus. Was hat das mit „Klein-Baruth“ zu tun?

Gleichzeitig beschlossen Baruther Stadtverordnete in namentlicher Abstimmung gegen die Absicherung des langfristigen Erhalts des Wildparks „Johannismühle“ mittels Ankauf der Immobilie und gleichzeitiger Verpachtung an eine Betreibergesellschaft unter der Bedingung des Erhaltes dieses touristisch wertvollen Refugiums für die einheimische Flora und Fauna.

Der Wildpark hat entgegen allen anders lautenden Gerüchten bis dato alle seine finanziellen Verpflichtungen erfüllt. Herr Banisch als Gesellschafter und Geschäftsführer des Wildparks wollte sich nicht bereichern auf Kosten der Kommune. Er muss altersbedingt an einen Nachfolger übergeben und wollte sein Lebenswerk auf Dauer zu fairen Konditionen gesichert wissen. Seitens privater Interessenten wurden ihm verlockende Angebote gemacht – aber unter der Bedingung der Entfernung der Tiere und der Entlassung der Menschen zwecks Nutzung als privates abgeschirmtes Jagdgebiet mit Hubschrauberlandeplatz und perfekter Infrastruktur.

Leider waren die dreizehnmontigen Verhandlungen zwischen ihm und den Stadtverordneten begleitet von Unverständnis, politischen Anfeindungen, Nihilismus und Visions-

armut. Schließlich kamen fast alle Initiativen zum Erhalt des Wildparks von der Linksfraktion!

Ich bekenne mich als Mitglied der Linksfraktion und als Steuerzahler zu meiner Zustimmung zum Erwerb der Immobilie für 1,1 Millionen Euro und der langfristigen Verpachtung an eine Wildparkgesellschaft für 43.000 Euro p.a.. Die Tilgung des Kredites unter den Bedingungen einer ortsüblichen Immobilien-Finanzierung hätte die Kommune in den nächsten 30 Jahren max. 30.000 Euro pro Jahr gekostet und die Pacht hätte den Zinsaufwand kompensiert. Die Stadt wäre nicht Wildparkeigentümer, sondern Besitzer einer Immobilie, die nur als Wildpark nutzbar wäre. Der Wert der Immobilie wurde durch unabhängige externe Gutachter festgestellt.

Was wäre die Gegenleistung?

1. 13 bis 15 langfristig sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitskräfte aus der Region hätten einen Arbeitsplatz. Bei Abwicklung bekommen sie gratis PC-, Bewerbungs- und Kochkurse, um nicht in die Arbeitslosenstatistik zu fallen.

2. Die Gegend behält einen renommierten Wildpark, der in international verflochtene Zucht- und Erhaltungsprogramme integriert ist sowie geschundenen Tieren (Bären, Tigern, Wölfen usw.) aus abgewickelten Zirkussen und ähnlichen Einrichtungen ein artgerechtes Umfeld bietet. Gleichzeitig ist dieser Wildpark ein Magnet für Touristen, die in diese Region kommen und diesen Besuch mit der Besichtigung des Museumsdorfes Glashütte verbinden. Diese Besucher essen und trinken nicht nur hier, sie sensibilisieren auch ihre Kinder und Enkel für die Fragilität der Natur.

Als Rugby-Spieler habe ich auf allen Kontinenten der Erde gespielt und dabei viele Parks und Sehenswürdigkeiten besichtigt. Der Wildpark „Johannismühle“ ist aus Sicht

von meiner Frau und mir in seiner Konzeption einmalig in der Welt. Einer langfristigen Integration in einen Tourismus-Zweckverband waren alle direkt Beteiligten positiv eingestellt, denn eine Symbiose zwischen einem Museumsdorf und einem auf einheimische Tierwelt spezialisierten Wildpark hat einen touristisch potenzierenden Charakter.

3. Durch die Bewirtschaftung des Wildparks bleiben jährlich ca. 170.000 Euro bei einheimischen kleinen und mittelständischen Firmen. Auch diese haben fast ausschließlich Arbeitnehmer aus der Region angestellt. Nicht zu beziffern, aber bestimmt nicht unerheblich ist der Umsatz bei einheimischen Gastronomen. Glashütte kostet den Kreis nach der Übernahme jährlich Hunderttausende Euro. Wie kann sich ein Organ des Kreises negativ zum Erhalt des Wildparks äußern, wenn dadurch -zig Tausende Besucher wegfallen?

Wollen wir unseren Kindern und Enkeln nur noch ein Stadtschloss in Potsdam und Griechenland-Anleihen hinterlassen? Was werden die Arbeitslosen denken, wenn sie als Treiber eine warme Suppe und Alkohol vom neuen Besitzer spendiert bekommen? Vielleicht gibt es dann sogar ein schönes Trinkgeld! (Nicht zu viel, sonst wird es auf Hartz IV, V, VI oder VII angerechnet!). Ist uns der durch Militär und Geldkoffer an War-Lords gesicherte Opiumanbau in Afghanistan wichtiger als der Erhalt eines Tierparks in der Region?

Es sind schließlich unsere Steuergelder, die wir ohne Anspruch auf Gegenleistung (§3 AO) bezahlen. Die gleichen Abgeordneten, die eine Belastung von 30.000 Euro pro Jahr für unzumutbar halten, stimmten übrigens für mehrere Millionen zwecks Erhaltung des Frauenhauses, für dessen Nutzung noch nicht mal ein Konzept vorliegt – Geld scheint genug da zu sein. Ich bin nicht gegen die Erhaltung des Frauenhauses, meine

*Fortsetzung auf Seite 11*

Fortsetzung von Seite 10

jedoch, dass die Verhältnismäßigkeit der Entscheidungsfindung wegen politischer Ressentiments nicht mehr gewahrt ist. Abschließend erkläre ich, dass ich nicht die absolute Wahrheit gepachtet habe und jeder Abgeordnete einen Grund für sein Abstimmungsverhalten hat. Ich bitte jedoch jeden Baruther, seinen von ihm gewählten Abgeordneten zu fragen, warum er sich für die eine oder andere Variante entschieden hat. Wir sollten nicht nur über die Demokratie in Libyen, Ägypten oder Saudi Arabien fabulieren, sondern hier Demokratie leben. Empört Euch! - Gegen mich oder gegen andere! Aber seid nicht gleichgültig!

Jörg Stubbe, Baruth

## „Fest der Liebe“

Mich traf der Wunsch der Redaktionskommission, für die Dezembernummer, also zu Weihnachten, etwas Besinnliches zu schreiben, recht hart. O weh, Rührseligkeit ist nun gerade nicht mein Ding.

Nun hatte mir auch noch Ingrid Köbke in der Oktoberausgabe das von mir vorgesehene Buch „Altwerden ist nichts für Feiglinge“ von Joachim Fuchsberger „weggenommen“. Aber gerade in diesem Buch fand ich einen Aufhänger für Betrachtungen, die zum „Fest der Liebe“ passen.

Joachim Fuchsberger ist 84 Jahre alt und 56 Jahre lang mit derselben Frau verheiratet, der er bis jetzt in Liebe zugetan ist. Eine Leistung? Er nennt sein Erfolgsrezept: „Partner sollten zwar ineinander aufgehen, sozusagen eins werden, keinesfalls aber des anderen Eigentum werden“. Und an anderer Stelle: „Vertrauen – Verstehen – Verzeihen – Verzichten“.

Ich kenne einige (nicht sehr viele) Paare, die noch nach jahrzehntelan-

ger Gemeinsamkeit einander verstehen, einander achten. Sicher hat im Laufe der Jahre die Liebe einen anderen Charakter bekommen, ist bedächtiger, abgeklärter, aber auch tiefer geworden. Beneidenswert! Die tiefe Verbundenheit dieser Paare strahlt auch auf die Mitmenschen, ihre Kinder, ihre Freunde aus.

Es gibt aber auch in meinem Bekanntenkreis Paare, die aus Gewohnheit oder Bequemlichkeit zusammenbleiben. Kinder und / oder ökonomische Zwänge mögen auch eine Rolle spielen. Urteilen oder gar Richten verbietet sich von selbst. Jeder muss mit sich und dem anderen irgendwie zurechtkommen.

Als ich Fuchsberger las, fiel mir ein Büchlein in die Hände – wunderschöner Einband, nur 117 Seiten, ein vielversprechender Titel „Brief an D. Geschichte einer Liebe“. Der Autor, Andre Gorz, hat über politische Ökologie sehr viel veröffentlicht. Nun interessierte mich, was er über die Liebe zu sagen hat. Das Büchlein ist, in hohem Alter geschrieben, zu einer



Rechenschaft gegenüber seiner Frau geworden. Ihr Erfolgsrezept? Sie hatten dieselben Werte, dieselben Auffassungen dessen, was dem Leben Sinn verleiht. Sie waren nicht nur im Privatleben vereint, sondern auch durch eine gemeinsame Tätigkeit im öffentlichen Bereich.

Dorine Gorz wurde unheilbar krank. Ein Leben ohne sie war für ihn unvorstellbar. Sie nahmen sich beide gemeinsam das Leben.

Lange hatten sie mit dem Heiraten gezögert. „Was beweist uns, dass unser Pakt für Leben in zehn oder zwanzig Jahren noch dem Wunsch derer entsprechen wird, die wir dann geworden sind?“ Er ist der Zauderer. Sie antwortet: „Wenn Du Dich mit jemandem fürs Leben verbindest, dann legt ihr eure Leben zusammen und unterlasst alles, was eure Verbindung entzweit oder ihr zuwiderläuft. Die Herstellung eurer Gemeinsamkeit ist euer gemeinsames Projekt, und ihr werdet es je nach den wechselnden Situationen immer wieder von neuem bestätigen, anpassen, neu ausrichten“.

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, auch oder gerade an den Feiertagen.

Dr. Renate Klettke, Ludwigsfelde

# Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Helmut Scheibe in Niedergörsdorf zum 73. Geburtstag am 11.12.

Inge Krumpach in Mahlow zum 77. Geburtstag am 13.12.

Martina Luedecke in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 15.12.

Heinz Köster in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 16.12.

Gerhard Krause in Großbeeren zum 89. Geburtstag am 22.12.

Erika Herrmann in Mahlow zum 93. Geburtstag am 28.12.

Irmgard Staffehl in Mahlow zum 78. Geburtstag am 29.12.

Hans-Joachim Steudte in Mahlow zum 77. Geburtstag am 02.01.12

Elli Bartel in Zossen zum 83. Geburtstag am 04.01.12

Johanna Schabehorn in Markendorf zum 98. Geburtstag am 05.01.12

**Werner Finkewitz in Luckenwalde zum 90. Geburtstag am 15.12.**

**Dr. Heidrun Nobis zum 70. Geburtstag am 24.12.**

**Dr. Fritz Lenk in Dahlewitz zum 80. Geburtstag am 28.12.**

**Hans-Jürgen Scholz in Dahlewitz zum 70. Geburtstag am 29.12.**

## Termine

**14.12.11 14.00 Uhr**

Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**19.12.11 19.00 Uhr**

Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**20.12.11 14.00 Uhr**

Weihnachtsfeier  
Asylbewerberheim Luckenwalde



„Sozialismus oder Untergang  
in der Barbarei“

...warnte Rosa Luxemburg am  
16.12.1918 in „Die Rote Fahne“.

Am 15. Januar 1919

wurden sie und  
Karl Liebknecht

von den Feinden der  
Novemberrevolution  
heimtückisch ermordet.

Am 08. Januar 2012 gedenken wir  
ihrer und aller Opfer der Barbarei  
in Berlin-Friedrichsfelde.

„Trotz alledem!“

## Mitgliederversammlung zum Parteiprogramm

Wann kann und sollte man eine Veranstaltung gleich welcher Art als gelungen betrachten? Gewiss dann wenn man klüger nach Hause geht, als man gekommen ist.

Unsere öffentliche Mitgliederversammlung am 24.11.2011 in der „Grünen Passage“ in Blankenfelde hat dieses Prädikat verdient.

Es ging um das „Erfurter Programm“ unserer Partei. Es ging darum, weitere Informationen zu bekommen, um den Mitgliederentscheid kompetent zu unterstützen und die anwesenden Mitglieder, Gäste und Sympathisanten über das in den Medien bekannt gewordene tiefgründig zu informieren und Zusammenhänge zu erläutern.

Und das haben sowohl unsere Genossin Christa Schubert als auch Dr. sc. Bernd Ihme, Sekretär der Programmkommission, durch nachvollziehbare Erläuterungen und fundierte Kenntnisse getan.

Folgende Erkenntnis der Veranstaltung möchte ich als einen wichtigen Aspekt besonders hervorheben:

Es ist möglich, in einer Partei mit diversen Strömungen, Plattformen und Arbeitsgruppen ein gemeinsames, von der großen Mehrheit akzeptiertes Programm zu schaffen. Es ist weiterhin möglich, aus zwei Organisationen – PDS und WASG – mit durchaus unterschiedlichen Sozialis-

sierungen und Zielen in der Vergangenheit, eine Partei zu schmieden, die sich mit ihrem Programm gemeinsame Ziele und Aufgaben stellt.

Dass wir noch nicht fertig sind bei der Schaffung dieser Partei zeigt die unselige Diskussion einiger Genossen kurz nach dem Parteiprogrammtag zu Personalfragen, die noch gar nicht zur Debatte stehen.

Dr. Ihme, der uns tiefgründig und genau über den Prozess des Werdens dieses Programms informierte, zeigte uns auch auf wie es möglich ist, Menschen, welche der Idee des demokratischen Sozialismus noch abwertend gegenüber stehen – es betrifft besonders Mitglieder unserer Partei, die aus der Gewerkschaftsbewegung über die WASG zu uns gekommen sind – für die Ideale und Ziele unserer Partei zu gewinnen.

Und er zeigte auf, welches Potenzial in unserer Partei steckt, indem er auf die vielen eingebrachten Änderungs- und Erweiterungsvorschläge verwies. Zugleich verwies er auch auf den Kompromisscharakter vieler Details im Programm. Besonders interessant waren seine Erläuterungen zum Freiheitsbegriff, wie ihn in der Vergangenheit die organisierte Arbeiterbewegung geprägt hat und was wir darunter verstehen.

*Günter Wach, Blankenfelde*

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow Fläming



## IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654  
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam  
Redaktionsschluss: 12. Oktober 2011, der nächsten Ausgabe: 16. November 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de